

Rückblick auf den Landesdelegiertentag 2026 der GdP Hamburg: Stark diskutiert. Klar entschieden. Gemeinsam voran.

Der Landesdelegiertentag 2026 der GdP Hamburg im Kai10 in Hamburg-Hammerbrook war ein kraftvolles Signal gewerkschaftlicher Geschlossenheit und demokratischer Beteiligung. Rund 80 Delegierte aus allen Bereichen kamen zusammen, um Bilanz zu ziehen, Entscheidungen zu treffen und die Zukunft der GdP Hamburg aktiv zu gestalten.

Jörn Clasen

Wahlen: Rückenwind für die kommende Arbeit

Die Wahlen waren geprägt von Vertrauen, Verantwortung und dem gemeinsamen Ziel, die Interessen der Beschäftigten konsequent zu vertreten. Mit klaren Voten wurden Mandate vergeben und ein Team aufgestellt, das für Erfahrung, Erneuerung und Durchsetzungsstärke steht. Die breite Zustimmung aus dem Plenum für Lars Osburg als neuer Landesvorsitzender sowie den Mitgliedern im geschäftsführenden Landesvorstand unterstrich den Rückhalt für den weiterhin einzuschlagenden Kurs.

Öffentlicher Teil: Austausch auf Augenhöhe

Der öffentliche Teil des Landesdelegiertentages bot Raum für Dialog und Austausch. Unter den Gästen waren Innensenator Andy Grote und Polizeipräsident Ralf Martin Schnabel, die in ihren Beiträgen die Bedeutung des Dialogs mit der GdP Hamburg betonten. Die Gespräche verdeutlichten, wie wichtig eine starke Interessenvertretung für einen handlungsfähigen öffentlichen Dienst ist.

Antragsberatung: Fokus auf Arbeitsbedingungen und Arbeitssicherheit

Im Zentrum der Antragsberatung standen die Themen Arbeitsbedingungen und Arbeitssicherheit. In sachlichen, engagierten Debatten wurden die Herausforderungen des Dienstalltags klar benannt und konkrete Forderungen formuliert. Die beschlossenen Anträge setzen deutliche Schwerpunkte: bessere Rahmenbedingungen, spürbarer Schutz der Kolleginnen und Kollegen sowie nachhaltige Verbesserungen im Arbeitsum-



feld. Unterschiedliche Perspektiven wurden konstruktiv zusammengeführt – das Ergebnis sind klare, tragfähige Beschlüsse.

Fazit

Der Landesdelegiertentag 2026 hat gezeigt, wofür die GdP Hamburg steht: Mitbestimmung, Zusammenhalt und klare Kante. Mit starken Beschlüssen, einem legitimierten Führungsteam und viel Motivation aus den Reihen der Delegierten gehen wir entschlossen die nächsten Schritte. Gemeinsam. Engagiert. Zukunftsorientiert. ■

Fotos: MR





Impressionen eines erfolgreichen Landesdelegiertentags



Foto: MR



Foto: GdPHH



Foto: MR



Foto: JC



Foto: MR



Kunden werben Kunden

Empfehle uns weiter &
verdiene **20 €!***



Aktion gültig
bis 31.07.2026

Du bist zufrieden mit dem Service der
Polizeisozialwerk Hamburg GmbH?



Empfehle uns
an Freunde,
Kollegen oder
Familie in Hamburg.



Sie erhalten eine
**unverbindliche
Beratung.**



Für jeden
Neukunden über
deine Empfehlung
schenken wir dir
20 € Bonus.*



ÜBER UNS

Als Partner der Gewerkschaft der Polizei
Hamburg stehen wir für kompetente
Beratung und maßgeschneiderten
Schutz – direkt hier in Hamburg.

Persönlich. Nah. Verlässlich.

SO ERREICHST DU UNS

- ☎ 040 – 280896 – 22/23
- ✉ psw-reisen-hamburg@gdp.de
- 📍 Otto-Wels-Straße 49
22297 Hamburg
(im Stadtparkurm gleich neben
der U-Bahn-Station Alsterdorf)

TELEFONISCHE ERREICHBARKEIT

Montag bis Freitag
09:30 – 13:30 Uhr

Alternativ gerne per E-Mail.

Samstag und Sonntag
geschlossen

PSW Reisen Hamburg – Sicherer Schutz. Persönlich für Hamburg.

*Auszahlung mit deiner nächsten Reise!



BESOLDUNG UND VERSORGUNG

Anpassung der Besoldung und Versorgung: noch kein Gesetzesentwurf des Senats

Die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Besoldung und Versorgung lässt in Hamburg noch auf sich warten. Aktuell befindet sich ein erster Gesetzesentwurf des Personalamtes in der Behördenabstimmung. Voraussichtlich am 2. Juni 2026 soll der Senat erstmalig mit dem Entwurf befasst werden. Im Anschluss wird dann das beamtenrechtliche Beteiligungsverfahren mit den beiden Spitzenorganisationen DGB und dbb durchgeführt werden. Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften DGB und dbb können dann zu dem Gesetzesentwurf Stellungnahmen abgeben und Gespräche führen. Die Bürgerschaft soll noch vor der Sommerpause erreicht werden. Eine rückwirkende Auszahlung der Erhöhungen soll noch im Jahr 2026 erfolgen.

DGB Hamburg

Wie geht es mit der Übertragung des Tarifergebnisses weiter?

Der DGB und seine Gewerkschaften bringen frühzeitig und aktiv die Interessen und Anliegen der Beamt*innen sowie der Versorgungsempfänger*innen in die Diskussion um den Gesetzesentwurf ein. Unmittelbar nach der Tarifeinigung am 14. Februar 2026 hat der DGB den Senat zu einer schnellen zeit- und wirkungsgleichen Übertragung des Tarifergebnisses auf die Besoldung und Versorgung aufgefordert. Bei der Übertragung des Tarifergebnisses steht der Senat im Wort. Der Koalitionsvertrag von SPD und Grünen für Hamburg von April 2025 sieht auf Seite 9 vor: „Tarifverträge werden weiterhin zeit- und wirkungsgleich auf die Beamt*innen übertragen (Tarifgarantie).“ Der Finanzsenator hat am 17. Februar 2026 verkündet: „Hamburg bereitet die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten und Versorgungsempfängerinnen und -empfänger unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung zur amtsangemessenen Alimentation vor.“

Viele Fragen offen

Offen ist jedoch die Frage, wie die amtsangemessene Alimentation gewährleistet werden soll und welche Nachbesserungsbedarfe aus Sicht des Senats bestehen.

Gerichte und Gewerkschaften setzen den Senat unter Druck

Der Senat steht dabei unter Druck. Mit der Übertragung des Tarifergebnisses ist auch eine amtsangemessene Alimentation zu prüfen und durch den Senat nachzuweisen. Erstmals zu beachten ist dabei die im November 2025 veröffentlichte Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur amtsangemessenen Alimentation. Das Bundesverfassungsgericht hat im Rahmen dieser Entscheidung anhand der Berliner Beamtenbesoldung neue Maßstäbe für eine verfassungskonforme Besoldung formuliert. Gleichzeitig liegen dem Bundesverfassungsgericht zahlreiche Vorlagebeschlüsse zu unterschiedlichen Jahren und Fallkonstellationen aus Hamburg vor. Mehr als 8.000 Klagen auf amtsangemessene Alimentation liegen beim Verwaltungs-

gericht, mehr als 4.000 dieser Klagen werden vom DGB-Rechtsschutz vertreten. Einem Aufruf des DGB zu Anträgen auf amtsangemessene Alimentation sind im Jahr 2025 deutlich mehr als 10.000 Menschen gefolgt.

Gewerkschaften werben für Verbesserungen

Im Vorfeld des anstehenden Gesetzgebungsverfahrens werben der DGB und seine Gewerkschaften aktiv für Verbesserungen zugunsten der Beamt*innen und der Versorgungsempfänger*innen. Hierzu gehören beispielhaft folgende Punkte:

- Das Tarifergebnis ist mit allen relevanten Komponenten zeit- und wirkungsgleich auf die Besoldung und Versorgung zu übertragen.
- Die linearen Erhöhungen müssen nach dem Vorbild Schleswig-Holsteins und Mecklenburg-Vorpommerns auch für alle Stellenzulagen und alle Erschwerniszulagen gelten.
- Die Angleichungszulage ist über das Jahr 2025 hinaus zu entfristen und in die Besoldungstabelle einzubauen. Durch den Einbau in die Tabelle würden auch Versorgungsempfänger*innen von der Angleichungszulage profitieren.



- Die im Rahmen der Kürzung der Sonderzahlung eingeführten Abzüge von den Ruhegehaltsfähigen Dienstbezügen in § 5 Abs. 1 des Hamburgischen Beamtenversorgungsgesetzes (HmbBeamtVG) sind ersatzlos zu streichen.
- Mindestens für die Jahre 2026 bis 2028 ist im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens eine amtsangemessene Alimentation zu gewährleisten und nachzuweisen.

Die Angleichungszulage wurde in Hamburg für die Jahre 2021 bis 2025 befristet eingeführt, um eine amtsangemessene Ali-

mentation zu sichern. Sie wird bisher nur an die aktiven Beamt*innen ausgezahlt. Nach dem bisherigen Stand wurde die Angleichungszulage Ende 2025 zum letzten Mal gezahlt. Eine Regelung für das Jahr 2026 ist offen.

Umgang mit Versorgung ist offen

Bei einer reinen Übertragung des Tarifergebnisses würden die Versorgungsempfänger*innen nur von der linearen Erhöhung der Besol-

dungstabellen profitieren. Hinsichtlich der amtsangemessenen Alimentation ist der Umgang mit der Versorgung offen. Nach wie vor gibt es keine Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes zu einer amtsangemessenen Alimentation im Bereich der Versorgung. Insbesondere bei der Versorgung kommt es damit auf politischen Druck an. Der DGB und seine Gewerkschaften sind hier am Ball.

Quelle: Mitgliederinformation des DGB Hamburg: „Anpassung der Besoldung und Versorgung: noch kein Gesetzesentwurf des Senats“ vom 7. Mai 2026

STANDPUNKT

Gemeinsam stark für Hamburg – Lars Osburg über Motivation, Verantwortung und Rückhalt im Dienst

Mit der Wahl zum Landesvorsitzenden übernimmt Lars Osburg Verantwortung für die GdP Hamburg. Was ihn antreibt, welche Themen im Mittelpunkt stehen und welche Botschaft er den Mitgliedern mitgibt, macht er hier klar.

Jörn Clasen

Lars, was hat dich motiviert, für den Landesvorsitz der GdP Hamburg zu kandidieren?

Lars Osburg: Mich haben vor allem die vielen Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen motiviert. Ich nehme einen großen Wunsch nach Verlässlichkeit, Klarheit und einer starken Interessenvertretung wahr. Die GdP Hamburg hat viel Kompetenz und Zusammenhalt – und ich möchte Verantwortung übernehmen, um diese Stärke aktiv für unsere Mitglieder einzusetzen und die Gewerkschaft gemeinsam weiterzuentwickeln.

Welches Thema möchtest du in deiner Amtszeit besonders voranbringen?

Lars Osburg: Ein klarer Schwerpunkt werden bessere Arbeitsbedingungen und spürbarer Rückhalt im Dienst sein. Dazu gehören ausreichend Personal, faire Bezahlung, eine starke Ausbildung und verlässliche Strukturen im Alltag. Mir ist wichtig, dass wir vorausschauend handeln, frühzeitig Druck auf-

bauen und konsequent für die Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen eintreten.

Was ist deine wichtigste Botschaft an die Mitglieder der GdP Hamburg?

Lars Osburg: Meine wichtigste Botschaft lautet: Ihr könnt euch auf eure GdP Ham-

burg verlassen. Wir stehen geschlossen hinter euch, hören zu und vertreten eure Interessen engagiert und sichtbar. Diese Gewerkschaft lebt vom Mitmachen und vom Zusammenhalt. Wenn wir gemeinsam auftreten, können wir viel erreichen – und genau dafür stehe ich als Landesvorsitzender. ■





ARBEITSSICHERHEIT

„Workers Day“ – jedes Jahr eine Mahnung!

74 Menschen verloren im vergangenen Jahr bei Arbeitsunfällen in der Bauwirtschaft und in baunahen Dienstleistungen ihr Leben. Statistisch bedeutet das: An nahezu jedem vierten Werktag stirbt ein Mensch bei der Arbeit. Hinzu kommen rund 400 Todesfälle jährlich infolge von Berufskrankheiten – oft verursacht durch frühere Belastungen wie Staub oder Asbest.

Jan Eggers

Foto: Jan Eggers



Anlässlich des Workers' Memorial Day am 28. April wurde bundesweit den Opfern gedacht. Im Mittelpunkt der zentralen Gedenkveranstaltung standen nicht nur Erinnerung und Anteilnahme, sondern auch eine klare Botschaft: Arbeit darf nicht tödlich sein.

Klare Haltung der GdP: Sicherheit ist nicht verhandelbar

Die GdP nimmt diese Zahlen zum Anlass für eine deutliche Positionierung. Auch

wenn sich die aktuellen Zahlen auf die Bauwirtschaft beziehen, ist die Botschaft für alle Arbeitsbereiche eindeutig: Sicherheitsstandards dürfen weder relativiert noch aus wirtschaftlichem Druck heraus unterlaufen werden.

„Wer arbeitet, muss sicher nach Hause kommen – das ist keine Option, sondern ein Anspruch“, heißt es aus GdP-Kreisen. Gerade in Berufen mit erhöhtem Risiko – ob auf der Baustelle oder im Einsatzdienst – brauche es klare Strukturen, verlässliche Schutzmaßnahmen und eine Kultur, in der Gefahren offen angesprochen werden.

„Stopp sagen“ – aber strukturell absichern

Das diesjährige Motto des Gedenktages „Sag STOPP, wenn es gefährlich ist“ trifft einen Kernpunkt – greift aus Sicht der GdP aber zu kurz, wenn die Verantwortung allein auf Beschäftigte verlagert wird.

Ziel bleibt eindeutig

Die Forderung ist simpel – aber bislang nicht erreicht:

Kein Mensch darf durch seine Arbeit sterben.

Der Workers' Memorial Day erinnert jedes Jahr daran, dass hinter jeder Zahl ein Schicksal steht. Für die GdP ist klar: Erinnerung allein reicht nicht. Es braucht Konsequenzen. ■





SENIOREN

Aus dem Seniorenbereich – „dBeihilfePlus“, noch Fragen? Antworten am 9. Juni!

Der Bundesseniorenkongress ist vorbei, der Hamburger Landesdelegiertentag ebenso, das normale Tagesgeschäft nimmt wieder zu. Im letzten Jahr wurde die App „dBeihilfePlus“ ins Netz gestellt. Der eine oder andere wird bei den Einreichungen der Gesundheitsrechnungen über die App schon seine Erfahrungen gemacht haben.

Michal Rath

Mitgliedertreffen mit dem Thema: „dBeihilfePlus“

Das Zentrum für Personaldienste, kurz ZPD, bietet zu dieser App einen Vortrag an, in diesem Zusammenhang können auch inhaltliche Fragen beantwortet werden. Wir freuen uns auf die Mitarbeiter bzw. Mitarbeiterinnen der ZPD und dass wir euch diese Möglichkeit der Information anbieten können.

Unser nächstes Mitgliedertreffen findet statt am Dienstag, dem 9. Juni 2026, um 15 Uhr in der Kantine des Polizeipräsidiums.

Ich möchte in diesem Zusammenhang nochmals darauf hinweisen, dass die Seniorentreffen nicht geschlossen sind; alle Kollegen und Kolleginnen sind willkommen. Das Thema Beihilfe (und wie reiche ich die Rechnungen ein!) betrifft ja nicht nur die Senioren, angehende Ruheständler, aber auch junge Familien mit Angehörigen einer privaten Krankenversicherung sind betroffen.

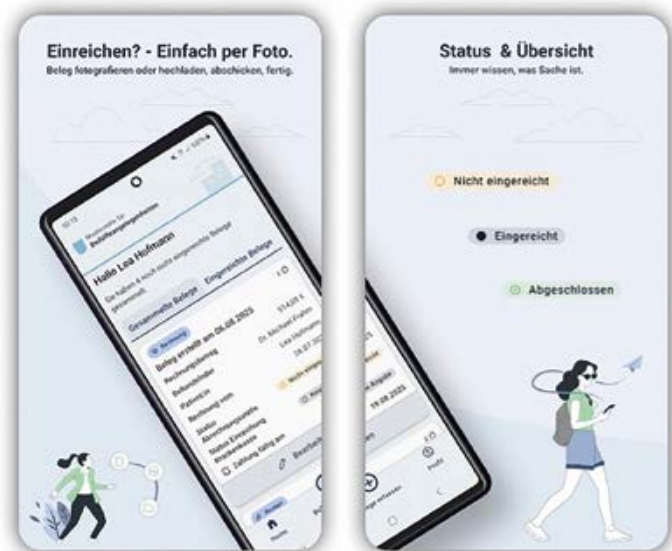
Für eine optimale Vorbereitung sendet gerne im Vorwege Fragen an mich, entweder über die Geschäftsstelle oder an meine E-Mail-Anschrift michael.rath@gdp.de, ich leite sie dann weiter.

Die Kantine hat – wie bisher – bis 15 Uhr geöffnet; zeitgerechtes Kommen sichert ggf. noch eine Tasse Kaffee oder Ähnliches. Bitte denkt auch an euren Mitgliedsausweis für die Einlasskontrolle.

Die Sommerpause naht

Bitte notiert euch schon einmal den 8. September vor. Nach der Sommerpause, im Juli und August finden keine Mitgliedertreffen statt, werden wir als Gast unseren Kollegen Thomas Model, Leiter der Verkehrsdirektion Hamburg, begrüßen.

Wir freuen uns auf eure Teilnahme. ■





Anzeige

DEM T*D
EINEN PLATZ
IM LEBEN
GEBEN.



IMMER AN IHRER SEITE.
24/7. SEIT 1920.

Gbi
BESTATTUNGEN
BESTATTUNGSVORSORGE

gbi-hamburg.de

DP – Deutsche Polizei
Hamburg

Geschäftsstelle
Otto-Wels-Straße 49, 22297 Hamburg
Telefon (040) 280896-0
Telefax (040) 280896-18
gdp-hamburg@gdp.de
www.gdp-hamburg.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle
Montag bis Donnerstag
8.00 bis 16.00 Uhr
Freitag
8.00 bis 14.00 Uhr

Redaktion
Jörn Clasen (V.i.S.d.P.)
Otto-Wels-Straße 49, 22297 Hamburg
joern.clasen@gdp.de